



Grenzposten am höchsten Punkt des Karakorum-Highways: Chinas Zugang zu Pakistan und Afghanistan.

MUHAMMED SEMIR UGURLU / ANADOLU / GETTY

## China streckt sich zum Hindukusch

*Aussenpolitikern in Peking ist klar, wie gefährlich Afghanistan ist. Dennoch werden riesige Investitionen erwägt. Der Westen sollte im Gegenzug den Nachbarländern den Rücken stärken. Gastkommentar von Junhua Zhang*

Xi Jinpings Diplomatie in Ost- und Zentralasien hat seit einiger Zeit einen holprigen Weg hinter sich. Die Annäherung Japans an Südkorea stärkt nicht nur dessen Position gegenüber Nordkorea, sondern sorgt auch für Unbehagen in Peking. Und nun lehnt sich ausgerechnet der philippinische Präsident Marcos gegen den chinesischen Einfluss auf. Kurz gesagt, die Lage in Ostasien, im Südchinesischen Meer und in der Taiwan-Strasse entwickelt sich nicht so, wie Peking es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Inmitten dieser Frustration richtet das chinesische Ausserministerium seine Aufmerksamkeit auf westliche Nachbarländer. Insbesondere Afghanistan.

Die Aussenminister Chinas, Pakistans und Afghanistans trafen sich Anfang dieses Monats zu trilateralen Gesprächen in Islamabad, bei denen sie sich darauf verständigten, den chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor, der Teil der Belt-and-Road-Initiative ist, auf Afghanistan auszuweiten. Die Ausweitung ist in der Tat ein Vorhaben, über das schon seit mehreren Jahren gesprochen wird. Es gab jedoch keine nennenswerten Fortschritte. Doch nun scheint Peking das Projekt wieder zu aktivieren. Ein Grund dürfte die bereits erwähnte «kalte Dusche» in Ostasien und im Südchinesischen Meer sein. Das zweite Motiv: Der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor ist für Xijs Regierung ein Vorzeigeprojekt. Und natürlich hat China ein grosses Interesse an der Ausbeutung der Bodenschätze Afghanistans.

### Verlockung und harte Realität

Seit 2002 sind chinesische Unternehmen an Bergbauprojekten in der pakistanischen Provinz Belutschistan beteiligt, dabei haben sie Millionengewinne erzielt. Nun will Peking den Fall Belutschistan auf Afghanistan übertragen. Im Januar 2023 unterzeichnete die afghanische Regierung mit einer Tochtergesellschaft der China National Petroleum Corporation ihren ersten globalen Ölfördervertrag für das nördliche Amudarja-Becken. Im April 2023 teilte das zuständige Ministerium mit, dass ein chinesisches Unternehmen namens Gochin Interesse habe, zehn Milliarden Dollar zu investieren.

Peking weiss allerdings genau, dass Afghanistan ein gescheiterter Staat ist, in dem die Sicherheit der chinesischen Bürger nicht gewährleistet werden kann. Es sei daran erinnert, dass am 12. Dezember letzten Jahres bei einem Anschlag auf ein in chinesischem Besitz befindliches Hotel im Zentrum Kabuls, das von chinesischen Diplomaten frequentiert wurde, mindestens drei Angreifer getötet und 21 Personen verletzt wurden.

Die potenziell hohen Gewinne ermutigen Peking aber, sein Afghanistan-Projekt wieder anlaufen zu lassen, auch wenn die Risiken extrem hoch sind. Beim Treffen mit dem Aussenminister der Taliban wurde die Aufforderung wiederholt, die Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus, einschliesslich desjenigen der Islamischen Bewegung Ostturkestan, seien zu verstärken. Die Taliban-Regierung hat auch zum ersten Mal öffentlich ein Versprechen abgegeben, aktiv gegen den Terrorismus vorzugehen.

Neben dem Terrorismus ist jedoch auch mit Widerstand aus der lokalen Zivilbevölkerung zu rechnen, so letztes Jahr in Gwadar, Belutschistan. Peking kann nicht ausschliessen, dass es auch in Afghanistan zu solchen Aufständen kommen würde.

**Potenziell hohe Gewinne ermutigen Peking, sein Afghanistan-Projekt wieder anlaufen zu lassen – trotz den extremen Risiken.**

Theoretisch ist eine Schienen- und Strassenverbindung von Kabul zum chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor aufgrund der kurzen Entfernung kein allzu grosses Problem. Allerdings bleibt die Finanzierung eine Herausforderung. China hat bereits mehr als eine Billion Dollar ausgegeben für die Projekte der neuen Seidenstrasse. Doch jetzt, da die chinesische Wirtschaft den Gürtel enger schnallen muss, geht China nicht mehr so locker mit dem Geld um wie noch vor ein paar Jahren. Und angesichts der Tatsache, dass viele arme Länder ihre chinesischen Kredite nicht zurückzahlen können, wird Peking gegenüber Afghanistan sicherlich weniger großzügig sein als einst im Fall Pakistans. Dennoch hoffen die Taliban, dass China seine Investitionen in die Ressourcen des Landes erhöhen wird. Deren Wert wird auf eine Billion Dollar geschätzt.

**Korruption und Hinterzimmer-Deals**

Peking dürfte auch seine Bemühungen für die Freisetzung der international eingefrorenen Vermögen Afghanistans verstärken und die Mitglieder der Schanghai Sicherheitsorganisation mobilisieren, sich an den Projekten zu beteiligen. Doch selbst wenn das Problem der Finanzierung gelöst wäre, bliebe die übliche chinesische Vorgehensweise im Ausland – inklusive Korruption und Hinterzimmer-Deals. Dieses Geschäftsgebahren hat das Land bereits bei einer Reihe von Projekten in Pakistan gezeigt.

Chinas Bestrebungen werfen für den Westen ein ernsthaftes Problem auf. Nach dem Rückzug der westlichen Allianz aus Afghanistan entsteht dort offenbar ein Machtvakuum. Trotz den Risiken scheint China geneigt, dieses zu füllen. Für Amerika und Europa böte es sich an, den zentralasiatischen Staaten den Rücken zu stärken; damit sie in Sachen humanitäre Lage Druck auf Afghanistan ausüben – und zugleich ihrem Nachbar die Hand reichen.

**Junhua Zhang** ist Senior Associate am European Institute for Asian Studies (EIAS).

Als im Frühjahr 1983 eine Handvoll ökologischer Gruppierungen, vor allem aus der Romandie, die «Föderation der Grünen Parteien der Schweiz» gründeten, schien ungewiss, was aus dieser bunten Gruppe werden sollte. Entgegen einstigen Spekulationen wurde aus den Grünen aber kein Generationenprojekt von Alt-Achtundsechzigern. Sie werden heute überdurchschnittlich stark von Jüngeren gewählt, ohne dass sie die älteren Wählenden verloren hätten.

In den 40 Jahren seit ihrer Gründung haben sich die Grünen zu einer politischen Kraft mit einer nationalen Parteistärke von gegenwärtig 13 Prozent entwickelt. Sie sind in allen Sprachregionen der Schweiz präsent und haben im Nationalrat und im Ständerat sowie in kantonalen und kommunalen Regierungen und Parlamenten dauerhaft Einsitz genommen.

Die Entwicklung der Grünen ist eng mit den neuen sozialen Bewegungen verwoben. Diese hatten sich in den 1970er Jahren im Zuge des Wertewandels herausgebildet. Ihnen waren postmateriale Werte wie Selbstverwirklichung, Mitbestimmung oder persönliche Freiheit wichtig; politisch schrieben sie sich den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Gleichstellung der Geschlechter oder die Gewaltfreiheit auf ihre Fahne.

Seit ihren Anfängen stehen die Grünen mit der Sozialdemokratischen Partei (SP) in direkter Konkurrenz. Denn die SP positionierte sich in den 1980er Jahren – im Zuge des Strukturwandels der Gesellschaft – inhaltlich neu und richtete sich nach der gut ausgebildeten, urbanen Mittelschicht aus, welche auch die Basis der Grünen ist.

Bei aller programmatischen Übereinstimmung in vielen Politikfeldern gibt es auch Unterschiede zwischen SP und Grünen, etwa in der Kompetenzzuschreibung durch die Wählenden. Die Grünen gelten in Fragen der Umweltpolitik als kompetent, die SP vor allem in Fragen der Sozialpolitik und der Europa- und Migrationspolitik.

## Noch warten die Grünen auf einen Bundesratsplatz

*Zwar sind die Grünen in den vierzig Jahren ihres Bestehens stark gewachsen, doch für den Einsitz in der Landesregierung werden sie neue Allianzen schmieden müssen.*

**Gastkommentar von Sarah Bütikofer und Werner Seitz**

Dies spiegelt sich bei Wahlen sehr deutlich: Waren in einem nationalen Wahljahr ökologische Themen dominierend, bescherte dies den Grünen einen Stimmenzuwachs, standen hingegen vor allem sozial- oder aussenpolitische Themen im Zentrum, verloren die Grünen, während die SP zulegte. Die Stimmengewinne und -verluste können zu einem grossen Teil durch sogenannte Wechselwähler zwischen den beiden Parteien erklärt werden.

Gegen Ende der 2000er Jahre erwuchs den Grünen mit dem Aufkommen der Grünliberalen Partei (GLP) neue Konkurrenz: Ihre Wähler weisen sozio-demografisch eine hohe Ähnlichkeit mit jenen der

Grünen auf. In gesellschaftspolitischen und ökologischen Themenfeldern vertritt die GLP zudem häufig ähnliche Positionen wie die Grünen und die SP. Betreffend die verteilungspolitische Linksrechts-Achse positioniert sich dagegen die GLP näher bei den bürgerlichen Parteien, die SP und die Grünen hingegen positionieren sich klar links.

Ein Merkmal der Grünen ist ihr intensiver Gebrauch der direkten Demokratie. So brachten sie mehrere Volksinitiativen im Alleingang zur Abstimmung, häufig im Bündnis mit der SP und mit Bewegungen wie der GSoA. Während sie bei überparteilichen Referenden und Volksinitiativen teil-

weise erfolgreich waren, vermochten sie bei den Volksinitiativen – mit Ausnahme der Initiative für ein flexibles Rentenalter ab 62 – kaum über das rote Segment hinaus zu mobilisieren.

Die Nähe zu den Bewegungen, gepaart mit einem teilweise radikalen Hochhalten ihrer Werte, hat die Grünen in ihrer Geschichte verschiedentlich in schwierige Situationen gebracht – nicht erst bei der jüngsten Debatte über die Neutralität und die Waffenlieferungen im Krieg gegen die Ukraine. So ergriffen sie 1991 – als Kritik an der zunehmenden Mobilität – das Referendum gegen den Bau der Neat, und sie sprachen sich 1992 gegen den Beitritt der Schweiz zum EWR aus (allerdings gegen den Willen der Grünen aus der Romandie). Meistens gelang es den Grünen dabei nur rudimentär, ihre Position nachvollziehbar zu kommunizieren.

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Grünen in der Schweiz ökonomisch klar linke Positionen einnehmen und dass sie in ihrer Programmatik das Thema Umwelt stärker gewichten als ihre europäischen Schwesterparteien. Hinsichtlich kultureller und europapolitischer Fragen unterscheiden sich dagegen die Schweizer Grünen kaum von anderen europäischen Grünen.

Es hängt mit dem politischen System der Schweiz zusammen, dass die Grünen im europäischen Vergleich zwar zu den stärksten Vertreterinnen der grünen Parteien zählen, dass ihnen aber bisher auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung verwehrt geblieben ist. Das Ziel der Grünen, in der Exekutive auf Bundesebene Einsitz zu nehmen, liegt zwar nicht ausser Reichweite, hängt aber wesentlich davon ab, ob es ihnen gelingt, Allianzen zu schmieden, welche den Einsitz in der Landesregierung ermöglichen.

**Sarah Bütikofer** und **Werner Seitz** sind Politikwissenschaftler und Herausgeber des neuen Sammelbands «Die Grünen in der Schweiz. Entwicklung – Wirken – Perspektiven». Seismo-Verlag, Zürich.